

Konflikt- und Gewaltforschung

Andreas Grau | Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.)

Menschen- feindlichkeit in Städten und Gemeinden

BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus: Grau/Heitmeyer, Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, ISBN 978-3-7799-4087-6

© 2013 Beltz Juventa Verlag, Weinheim Basel

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-4087-6>

Kapitel 1

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement

Wilhelm Heitmeyer, Andreas Grau

1.1 Das Grundkonzept

1.1.1 Das Problem

Immer wieder werden Vorurteile und feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung nachgewiesen. Gleichzeitig existiert in zahlreichen Gemeinden und Städten, teilweise auch in einzelnen Wohngebieten, große Beunruhigung über Aktivitäten demokratiefeindlicher Parteien und Vereinigungen. Politische Aktivitäten solcher Gruppierungen, in z. T. neuen „unauffälligen“ Formen, können sich mit den Einstellungen in der Bevölkerung verbinden und in den Sozialräumen eine feindselige Normalität schaffen. Ist ein solcher Zustand feindseliger Normalität erreicht, dann entsteht das Problem, dass es nicht mehr ausreicht, dass jene, die sich für das Gemeinwesen bzw. das Wohnumfeld verantwortlich fühlen, die Initiative gegen derartige politische Aktivitäten ergreifen, vielmehr rückt dann die Frage nach dem Zustand des eigenen Gemeinwesens in den Mittelpunkt und damit letztlich die Frage: „Wie wollen wir in unserer Stadt, in unserer Gemeinde leben?“ Diese Frage ist deswegen zentral, weil feindselige Mentalitäten in der Bevölkerung von Gemeinden, Städten und Stadtteilen auch als Legitimationsgrundlage für rechte Parteien, Vereinigungen etc. zur politischen Instrumentalisierung und weiteren Verbreitung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* (GMF), der Diskriminierung bestimmter Gruppen und von Gewalt genutzt werden können.

Hier können rechtsextremistische Strömungen und Gruppen verschiedener Art anknüpfen und abwertende Einstellungs- und Verhaltensmuster verstärken; sie stellen damit unabhängig von Wahlerfolgen ein die Demokratie gefährdendes Potenzial dar. Es reicht also nicht aus, dass Rechtsextre-

mismus nur über Demonstrationen und Verbote bekämpft wird, vielmehr ist für ein nachhaltiges Eintreten gegen Rechtsextremismus die Einbindung und Aktivierung der Bevölkerung notwendig. Denn gerade in ländlichen Regionen, in denen demokratische Akteure kaum oder nur geschwächt tätig sind, tritt insbesondere die NPD und ihre Anhängerschaft mit zum Teil gelungenen „Kümmerer“-Aktionen auf, die einerseits einen positiven Eindruck in der Bevölkerung hinterlassen und andererseits nicht selten die Nachlässigkeit und Handlungsunfähigkeit der demokratischen Akteure verdeutlichen. In diesem Zusammenhang zeigen die Ergebnisse des Projekts zur *„Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum“* deutlich, dass sich die Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern eines Ortes gegen Rechtsextremismus insbesondere dann schwierig gestaltet, wenn bereits positive Erfahrungen mit Rechtsextremisten vorliegen, denn ganz allgemein engagieren sich Individuen kaum gegen etwas, das für sie mit positiven Assoziationen verknüpft ist.

Ziel des hier vorgestellten Ansatzes ist es, in Zusammenarbeit von Wissenschaft, Akteuren vor Ort und Politik lokales Engagement gegen solche Prozesse und Zustände zu aktivieren. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, genauere Kenntnis über die Entstehung und das Ausmaß menschenfeindlicher Einstellungen sowie der (defizitären) Engagementbereitschaft gegen rechtsextreme Aktivitäten im „eigenen“ lokalen Raum zu erlangen.

Konkret verfolgt der Ansatz *„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum“* vor diesem Hintergrund zwei Ziele:

1. Das wissenschaftliche Ziel besteht in der Analyse der Bedeutung der Struktur von Gemeinden, Städten und Stadtvierteln für die Entstehung und das Ausmaß an GMF bzw. bürgerschaftlichem Engagement.
2. Damit aufs engste verbunden ist die zweite, interventionsnahe Zielsetzung bezüglich der Unterstützung einer reflexiven Stadtgesellschaft, die über sich selbst nachdenkt im Hinblick auf die beschriebenen Problemlagen, um auf diesem Weg das bürgerschaftliche Engagement zu stärken.

1.1.2 Warum Sozialraumanalysen?

Das Projekt *„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum“* widmet sich den interessierenden Phänomenen explizit in ihrem lokalen Zusammenhang, denn dieser bestimmt den Handlungsrahmen der meisten Menschen. Dabei gehen wir davon aus, dass bestimmte Merkmale des unmittelbaren Lebensraums einen nachweisbaren Einfluss auf die individuellen Sichtweisen, Wahrnehmungen und Erfahrungen von Personen haben und so letztlich auch die Einstellungen gegenüber verschiedenen, insbeson-

dere schwachen sozialen Gruppen maßgeblich mit beeinflussen. Wenn gleich eine Reihe von Studien vorliegt, die sich mit der Bedeutung des unmittelbaren Wohn- und Lebensraums für verschiedene soziale Phänomene beschäftigen, so ist dies bislang nicht im Zusammenhang mit GMF eingehend untersucht worden. Ein solches Vorgehen ist jedoch aus verschiedenen Gründen notwendig: So zeigen Ergebnisse aus dem Langzeitprojekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, dass objektive Indikatoren, wie Abwanderungs- oder Arbeitslosenquote, erklärungskräftig sind im Hinblick auf die Abwertung schwacher Gruppen (Hüpping/Reinecke 2007; Grau/Groß/Reinecke 2012). Dieser Zusammenhang wird allerdings über die individuellen Wahrnehmungen, Problemsichten und Situationsdefinitionen (Angst vor Arbeitslosigkeit, politische und gesellschaftliche Machtlosigkeit, Orientierungslosigkeit etc.) vermittelt, die ihrerseits durch die soziale Umwelt beeinflusst werden. Ausgehend von der Theorie Sozialer Desintegration (Anhut/Heitmeyer 2000, 2005) nehmen wir dabei an, dass sich insbesondere Desintegrationserfahrungen und -wahrnehmungen der Bewohner derart negativ auswirken, dass schwache Gruppen dann eher mittels *Abwertung*, Diskriminierung oder Gewalt zur *Aufwertung* der eigenen Position herangezogen werden.

Die lokalbezogenen Analysen in Gemeinden und Städten sind insbesondere deswegen notwendig, weil sie gegen das allseits bekannte Abwehrargument – die vielen Probleme sind bekannt, vor Ort aber nicht relevant – gerichtet sind. So werden verallgemeinerungsfähige Aussagen über die Gesellschaft für den eigenen Sozialraum oftmals bestritten: „Bei uns ist alles anders.“ Verantwortliches Handeln gewinnt aber an Gewicht, wenn es auf einer überprüften (und überprüfbareren) Situationsbeschreibung für den eigenen Ort basiert. Dabei gibt es keinen objektiven Maßstab über die Problemlage im einzelnen Sozialraum, sondern die Einschätzung ist Teil der öffentlichen Debatte und hängt damit auch vom Sensibilisierungsgrad der einzelnen Menschen und Gruppen in einer Gemeinde oder Stadt ab.

Zentral ist dabei die Frage, wie die Ergebnisse in die öffentlichen Debatten von Gemeinden und Städten, also in Schulen, in Vereinen, im Stadtrat etc. eingebracht werden können, bestehen doch hinsichtlich der hier thematisierten Problemzusammenhänge oftmals Ignoranz, Verdrängung oder Verlagerung. In diesem Zusammenhang interessieren insbesondere die folgenden Aspekte:

- Wie können präventiv die subjektiven Empfindungen, Ängste etc. im jeweiligen Sozialraum zum öffentlichen Thema gemacht werden, so dass nicht erst im Nachhinein, also nach Konflikten oder gar Gewalt interveniert wird – und dann in erster Linie ordnungspolitisch durch Polizei und Justiz?

- Wie initiiert man eine öffentliche Diskussion um die Qualität des lokalen Zusammenlebens, also eine *reflexive* (Stadt-)Gesellschaft bzw. ein über sich selbst „nachdenkendes“ Wohnquartier, um die Stärkung eines bürgerschaftlichen Engagements zu erreichen, das über die gewohnten kommunalpolitisch eingeengten Pfade hinausreicht, andere örtliche Eliten erreicht und bewegende Themen sichtbar und diskutierbar macht und so auch gegen eine vielerorts beliebte Imagepolitik vorgeht, die latente Probleme verdeckt bzw. versucht, diese zu ignorieren?
- Wie erreicht man „produktive Unruhe“, um der Abwertung schwacher Gruppen entgegenzuarbeiten und stattdessen auf eine *Kultur der Anerkennung* in der Nachbarschaft, im Wohnviertel und in der Stadtgesellschaft hinzuwirken?

1.1.3 Einstellungen erfassen – Engagement der Bürger stärken

Dem Ansatz liegt die Erwartung zu Grunde: Je genauer Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen (gemessen am Ausmaß von GMF vor Ort) im eigenen identifikationsrelevanten Umfeld (von Nachbarschaft, Wohnquartier, Gemeinde usw.) vorliegen, desto gezielter kann bürgerschaftliches Engagement aktiviert und gestärkt werden. Dabei ist von zentraler Bedeutung, dass lokale Räume über je spezifische Charakteristika verfügen und sich daher sowohl im Hinblick auf das Ausmaß demokratiegefährdender Einstellungen als auch hinsichtlich der Beschaffenheit bürgerschaftlichen Engagements deutlich voneinander unterscheiden. Die in diesem Band vorgestellten Analysen widmen sich der Bedeutung des kommunalen Kontextes (z.B. Arbeitslosenquote) für die Entstehung und das Ausmaß an GMF, um hiervon ausgehend systematisch und unter Berücksichtigung der je lokalspezifischen Bedingungen bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Weil hierbei insbesondere die existierenden Formen politischer Partizipation eine nicht unwesentliche Rolle spielen, werden auch diese hinsichtlich ihres Einflusses auf die Mentalitäten und Engagementpotenziale der ansässigen Bevölkerung in der Untersuchung berücksichtigt. Daraus ergibt sich der Zuschnitt des Ansatzes mit der gezielten Fokussierung auf die unterschiedlichen Bedingungen im lokalen Raum hinsichtlich:

- der Situation der Menschen;
- der Einstellungsmuster zu GMF als Legitimationsfundus für rechtsextreme Aktivitäten;
- des Verhältnisses zum demokratischen System und zur politischen Kultur vor Ort;

- des Potenzials für Engagement gegen Rechtsextremismus im eigenen Sozialraum.

1.1.4 Der interventionsnahe Ansatz

Der Ansatz mit explizitem Fokus auf die wissenschaftlich gestützte Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen demokratiegefährdende Strömungen erzielt nur dort eine positive Wirkung, wo es gelingt, Aktivitäten aus der Dorf- oder Stadtgesellschaft heraus zu entwickeln, d.h. unter einer möglichst breiten Beteiligung der örtlichen Bevölkerung. In diesem Zusammenhang sehen wir die Bewohnerbefragung als das *Herzstück* des Modellprojekts. Sie ist deshalb das Herzstück, weil die so gewonnenen Daten die Basis für die angestrebte Erarbeitung lokaler Handlungsstrategien bilden.

Der Erfolg ist aber vor allem von der Kooperation der verschiedenen Akteure in den Sozialräumen abhängig, denn sie sind aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen *die* Experten für das soziale Klima und die politische Kultur vor Ort. Dabei sei nochmals betont, dass für die Übersetzung der Ergebnisse und ihre Rückspiegelung in die Bevölkerung bevorzugt bereits lokal vorhandene Strukturen genutzt werden sollten. Idealerweise sollte die Zusammenarbeit mit den Ansprechpartnern vor Ort dabei als Partnerschaft charakterisiert werden können: Eine gute Praxis kann von der Wissenschaft profitieren und die Wissenschaft braucht die Praxis zur Fortentwicklung des Kenntnisstandes.

Insgesamt kann das Konzept, lokalen Akteuren gesicherte und unabhängige Informationen über den Zustand ihres Gemeinwesens bereitzustellen, ausgehend von den ersten Erfahrungen, als durchaus aktivierend angesehen werden. Deutlich wird aber auch, dass eine klare Stärkung der Akteure im lokalen Raum anzustreben ist, wobei diese Stärkung über eine generalisierte Unterstützung hinausgehen sollte. Bloße lokale Aktionspläne etwa sind eher skeptisch zu betrachten, da oft kein „Konstruktionsprinzip“ erkennbar ist, sondern vielmehr eine Addition vorherrschender Partialinteressen und ein „Weiter so“ vorzufinden sind. Eine derartige „Schrotschusslogik“, d.h. „irgendwas wird schon treffen“, wurde mit dem sozialräumlichen Ansatz des Projektes von vorne herein zu vermeiden versucht. Er ist damit geeignet, auch abwehrende Aktivitäten z.B. durch die lokale Politik, zu überwinden, also konkret zur Veränderung der vorherrschenden politischen Kultur beizutragen.

1.2 Die Rolle des sozialräumlichen Umfeldes für die Entwicklung menschenfeindlicher Einstellung

Das Zusammenleben unterschiedlicher Gruppen in geteilten Sozialräumen von ländlichen Gemeinden, Kleinstädten oder Stadtvierteln großer Städte trägt vielfältige Züge. Die Qualität reicht von intensiven Kontakten und Netzwerken, die auf Anerkennung von Gleichwertigkeit und Unversehrtheit basieren, bis hin zur fest verankerten Markierung von Ungleichwertigkeit und Verletzung der psychischen wie physischen Unversehrtheit in Form von Diskriminierung und Gewalt, worunter auch feindselige Stimmungen etwa in der Mehrheitsbevölkerung gegenüber schwachen Gruppen, alltägliches Diskriminierungsverhalten als auch das gewalttätige Agieren politischer Gruppen, wie beispielsweise rechtsextreme Kameradschaften, fallen.

Das Projekt *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* (GMF) untersucht seit 2002 jährlich die Ausmaße, Entwicklungen und Ursachen von feindseligen Mentalitäten in Deutschland auf der Basis einer repräsentativen Stichprobe von ca. 2.000 Personen der Mehrheitsgesellschaft.

Mit GMF ist keine individuelle Feindschaft gemeint, sondern sie erfolgt aufgrund der zugeschriebenen oder tatsächlichen Gruppenzugehörigkeit. Abwertung, Diskriminierung und Gewalt richtet sich gegen schwache Gruppen in der Gesellschaft insgesamt und damit auch im eigenen Sozialraum von Gemeinden, (Klein-)Städten und Stadtteilen.

Im GMF-Projekt werden dazu nicht nur jene gezählt, die „fremd“ sind, sondern auch jene, die „anders“ zu sein scheinen. Deshalb werden insgesamt neun Elemente untersucht: Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Abwertung von Homosexuellen, die Reklamierung von Etabliertenvorrechten und Sexismus.

Sie basieren alle auf der Ideologie der Ungleichwertigkeit und bilden ein Syndrom. D.h. die Elemente hängen zusammen und sind nicht isoliert von einander zu betrachten. Deshalb können „Mobilisierungsexperten“ an verschiedenen Vorurteilen ansetzen und dazu beitragen, dass sie auch auf andere Gruppen überspringen.

Bisher existieren Analysen über Ausmaß, Entwicklungen und Ursachen auf der nationalen Ebene (u. a. in den Bänden „Deutsche Zustände“, Folge 1–10), die sowohl auf jährlichen Repräsentativbefragungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch auf Längsschnittdaten basieren. Durch zusammengespielte Datensätze sind auch regionale Analysen möglich, um Aussagen über die Qualität des Zusammenlebens zu machen.

Die Vielzahl an Analysen hat eine ganze Reihe von Ergebnissen hinsichtlich der Zusammenhänge und Ursachen von GMF hervorgebracht, die zugleich eine wichtige Grundlage für die Lokalanalysen bilden. Insgesamt las-

sen sich die Analysen in drei Bereiche untergliedern: 1. Die Bedeutung objektiver sozialstruktureller Faktoren auf der Individualebene für GMF, 2. die subjektiven Faktoren (Einstellungen, Wahrnehmungen und Erfahrungen) auf der Individualebene sowie 3. die von sozialstrukturellen Faktoren (sozioökonomische Entwicklung, Ausländeranteil, Abwanderungsquote) auf der Kontextebene.

1.2.1 Objektive sozialstrukturelle Faktoren auf der Individualebene

Im Hinblick auf sozialstrukturelle Merkmale haben sich insbesondere die Soziallage, das Alter sowie die innerdeutsche Herkunft (unterteilt nach Ost/West) als erklärungskräftig gezeigt.

So konnte in den verschiedenen GMF-Surveys wiederholt gezeigt werden, dass die *Soziallage* (hier gemessen über die Indikatoren Einkommen, Bildungsniveau, Berufsprestige des Haushaltsvorstandes) für die Erklärung von Vorurteilen eine gewichtige Rolle spielt (Mansel/Heitmeyer 2005, S. 62 ff.; Mansel/Endrikat/Hüpping 2006, S. 55 ff.). Der wichtigste Prädiktor ist in diesem Zusammenhang das Bildungsniveau. Ebenfalls erklärungskräftig erweist sich das Lebensalter. Mit Ausnahme für die Abwertung von Obdachlosen stimmt die Gruppe der älteren Befragten allen Syndromelementen eher zu, wobei der Effekt insbesondere auf die Befragten über 60 Jahre zurückzuführen ist (Endrikat 2006; für rechtsextreme Einstellungen auch Iser/Schönfelder 2005).

Offen ist aber u. a. welche Effekte sich für die Ausprägungen feindseliger Mentalitäten zeigen, wenn sich soziale Benachteiligung mit räumlicher Benachteiligung verbindet und welche Rolle die Altersstruktur im Wohnumfeld spielt.

1.2.2 Subjektive Indikatoren (Einstellungen, Wahrnehmungen, Interpretationen)

Anhand der Ergebnisse unserer Studien wird aber auch deutlich, dass der Zusammenhang durch eine Reihe weiterer Faktoren moderiert und mediiert wird (Deprivationen, Identifikationsprozesse, Kontakterfahrungen etc.), die nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet werden können. So sehen sich im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung z.B. auch mittlere Soziallagen stärker bedroht. Über 50% der Personen aus mittlerer Soziallage berichten u.a., dass sie mehr Angst vor einem sozialen

Abstieg seit der Einführung von HARTZ IV haben. Zugleich hat diese Angst nur für die mittlere Soziallage einen Effekt auf die Fremdenfeindlichkeit (Mansel/Endrikat/Hüpping 2006; Hüpping 2006).

Auch das weit verbreitete Gefühl der Orientierungslosigkeit zeigt deutliche Zusammenhänge mit all unseren Syndromelementen. Zugleich lässt es sich nur sehr bedingt durch objektive Faktoren (wie Einkommen, Geschlecht, Alter etc.) erklären. Es hängt vielmehr mit den negativen Wahrnehmungen gesellschaftlicher Prozesse zusammen (Kühnel/Schmidt 2002; Hüpping 2006). Ähnliches gilt für das Gefühl politischer und gesellschaftlicher Machtlosigkeit. Es begrenzt sich keineswegs auf Personengruppen unterer Soziallagen. Aber auch hier zeigen sich moderate bis starke Zusammenhänge zwischen dem Gefühl persönlicher Machtlosigkeit im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Prozesse sowie der Abwertung gesellschaftlich schwacher Gruppen.

Offen ist aber, welchen Einfluss das Wohnumfeld auf die Wahrnehmungen, Einstellungen und Problemdefinitionen der Ansässigen ausübt, ob also bspw. das Gefühl der politischen Machtlosigkeit durch die spezifische politische Kultur im unmittelbaren Lebensraum verstärkt oder begrenzt werden kann.

1.2.3 Objektive sozialstrukturelle Faktoren auf der Kontextebene

Sozialstrukturelle Analysen allein bleiben in der Regel wenig „aufregend“. Armuts- oder Ausländerberichte von Kommunen werden erstellt, in kleinen Kommissionen beraten und administrativ verarbeitet. Sie bleiben sozial „unterkühlt“ und in der Regel *bewegungsarm*, weil es sich um Minderheiten handelt.

Die Analysen zu GMF beziehen sich auf Mentalitäten in der Mehrheit und spiegeln deren subjektive Einstellungen, die sich auch in Haltungen bzw. Verhaltensbereitschaften im Alltag der Nachbarschaft, des Wohnquartiers oder Stadtteils niederschlagen, d. h. in öffentlichen Verkehrsmitteln, am Stammtisch, in Vereinstreffpunkten etc. Dort sind es potenziell *bewegende* Themen. Es wird nicht über die Situation von Armen, Ausländern etc. geredet, sondern über die eigenen *Bewertungen* dieser Gruppen, die auch Abwertungen enthalten und z. T. als „normal“, zumindest aber für legitim gehalten werden.

Mit diesem Ansatz wird betont, dass nicht allein objektive Daten ausreichen, um die *Qualität* des Zusammenlebens zu bestimmen und bürgerschaftliches Engagement in Gang zu setzen, um das „Klima“ in dem jeweiligen

Sozialraum zu beeinflussen. Die Beeinflussung des Klimas ist eine zentrale Aufgabe, um die ständigen Reproduktionen menschenfeindlicher Mentalitäten zu unterbrechen. Im Reproduktionsmodell (Heitmeyer 2007a, S. 283) geht es zentral um GMF in der Bevölkerung. Das zu lokalisierende Problem besteht in der „Schweigspirale“ (Noelle-Neumann 1998). Danach artikulieren Personen in abwertenden und diskriminierenden Äußerungen umso eher, je stärker sie den Eindruck haben, dass sie Teil einer Mehrheit sind. Dies kann sich auch auf die face-to-face-Interaktionen im eigenen Sozialraum von Gemeinden, Städten und Stadtteilen beziehen. Dies ist umso problematischer, wenn der Risikofaktor „Konformitätsdruck“ in den eigenen sozialen Beziehungen von Freundes- und Bekanntenkreis hinzukommen (Petzke/Endrikat/Kühnel 2007). Mit Hilfe von Lokalanalysen lassen sich solche Problemlagen aufdecken. Sie können zeigen, welche die Bedingungen sind unter denen Desintegrations- und Marginalisierungspotenziale Konflikte befördern und wann dies nicht der Fall ist. Damit ist zugleich die Möglichkeit einer gezielten Prävention wie Intervention gegeben, d.h. die Ergebnisse der spezifischen Lokalanalysen lassen sich mit den bestehenden Interventionen vor Ort abgleichen bzw. lassen sich aus den gewonnenen Ergebnissen gezielte Interventionsstrategien etablieren.

Das Problem besteht nun darin, dass solche großräumigen Analysen noch relativ „interventionsfern“ für die einzelne Bürgerin bzw. den einzelnen Bürger sind, und viele Analysen zum Zusammenhang von Wohnumfeld und intergruppalen Beziehungen nicht ermöglichen. Daher wurden die interventionsnahen Lokalanalysen konzipiert, in dem objektive Strukturdaten wie Arbeitslosigkeit, Einkommensstruktur, Ausländerquote, Kriminalitätsrate etc. mit subjektiven Daten aus Bewohner-Befragungen verbunden werden.

1.2.4 Untersuchungsfragen

Die wissenschaftliche Ausrichtung des Projekts zielt auf die Bedeutung der Kontexteffekte für GMF. Ein besonderer Fokus wird dabei auf das Zusammenspiel von kontext- und individuellen Merkmalen der Bewohner gelegt. Darüber hinaus soll untersucht werden, unter welchen Umständen Kontextmerkmale wirksam werden und wann nicht. Die bisherigen Ergebnisse aus dem GMF-Projekt haben gezeigt, dass objektive Indikatoren sowohl auf individueller Ebene (z. B. Soziallage) als auch auf der Aggregatsebene (Abwanderung, Arbeitslosenquote etc.) erklärungskräftig im Hinblick auf die Abwertung schwacher Gruppen sind. Dieser Zusammenhang wird in den meisten Fällen jedoch über subjektive Indikatoren, also die individuellen

Wahrnehmungen, Problemsichten und Situationsdefinitionen (Angst vor Arbeitslosigkeit, politische und gesellschaftliche Machtlosigkeit, Orientierungslosigkeit etc.) vermittelt, die ihrerseits durch die soziale Umwelt beeinflusst werden. Dies ist zugleich ein wesentlicher Befund im Hinblick auf die Lokalanalysen und möglichen Interventionsstrategien. Denn während sich objektive Faktoren, wie die Arbeitslosenquote, Bewohnerstruktur etc., nur schwer ändern lassen, können Wahrnehmungen, Einstellungen und individuelle Situationsdefinitionen und Problemsichten durch gezielte Maßnahmen variiert bzw. verändert werden. Der *Grad der Beeinflussbarkeit* ist hier deutlich höher ausgeprägt. Für den lokalen Raum zeigen sich dabei mindestens fünf potenzielle Einflussrichtungen als bedeutsam (Anhut/Heitmeyer 2000, S. 55 f.):

- Der Einfluss der politischen Steuerung auf die Handlungsbereitschaften und das Handeln der Bürger im kommunalen Raum.
- Der Einfluss der politischen Kultur der Stadtgesellschaft (Deutungskultur/Soziokultur).
- Die Qualität der Eingebundenheit in soziale Netzwerke und soziale Gruppen.
- Die Qualität und Quantität von Intergruppenbeziehungen.
- Der Einfluss des sozialen Klimas (verstanden als Ausmaß von Angst oder Sicherheit, Vertrauen oder Misstrauen, Einflussnahme oder Machtlosigkeit sowie Verbundenheit oder Gleichgültigkeit zum Geschehen im Stadtteil auf die Wahrnehmung der Situation).

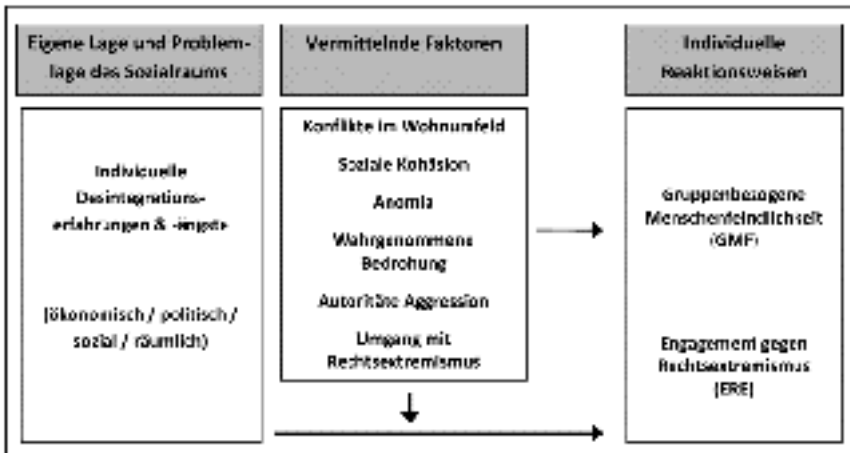
Es gilt also entsprechend spezifische Mechanismen aufzudecken, die ein feindseliges Sozialklima befördern bzw. begrenzen. Daraus ergeben sich die folgenden Untersuchungsfragen:

- Welche Bedeutung hat die Beschaffenheit des lokalen Raumes für die Ausbildung eines desintegrativen bzw. integrativen Sozialklimas?
- Verstärkt das Zusammenspiel aus räumlicher und sozialer Benachteiligung die Ausbildung eines desintegrativen bzw. integrativen Sozialklimas?
- Welche der dargelegten Einflussrichtungen sind relevant für die Etablierung eines integrativen Sozialklimas – lassen sich hier Kompensationseffekte ausfindig machen?

1.3 Das Analysemodell

In Abbildung 1 ist ein analytisches Modell zur Erklärung von GMF und der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus (ERE) dargestellt. Darin werden zentrale Einflussgrößen abgebildet, die in den Kapiteln 3 bis 5 im Hinblick auf ihren Zusammenhang mit GMF bzw. ERE (in Abbildung 1 mit Individuellen Reaktionsweisen überschrieben) auf unterschiedliche Weise untersucht werden. Dabei setzen die jeweiligen Untersuchungen unterschiedliche Schwerpunkte in ihren Analysen. In den Kapiteln 4 und 5 wird ein multimodaler Untersuchungsansatz verfolgt, bei dem die quantitativen Analysen durch qualitative Interviews ergänzt werden.

Abbildung 1: Schematische Darstellung des analytischen Modells



Das analytische Modell (Abbildung 1) enthält drei Bereiche, die in den Kapiteln 1.3.1 bis 1.3.3 ausführlicher dargestellt werden.

1.3.1 Theorie sozialer Desintegration

Den theoretischen Hintergrund der Untersuchung bildet der Bielefelder Desintegrationsansatz von Reimund Anhut und Wilhelm Heitmeyer (Anhut/Heitmeyer 2000; Anhut 2002). Nach diesem theoretischen Mehrebenenansatz erfolgt die gesellschaftliche Integration von Individuen auf drei Ebenen: Auf der sozialstrukturellen Ebene handelt es sich dabei insbesondere um Zugänge zu Arbeits-, Wohnungs- und Konsummärkten, auf der institu-